

GEMEINSAM EIN EUROPA OHNE ARMUT UND AUSGRENZUNG ENTWERFEN UND GESTALTEN

VORSCHLÄGE DER INTERNATIONALEN BEWEGUNG ATD VIERTE WELT (GEMEINSAM FÜR DIE MENSCHENWÜRDE ALLER)

WELCHE Feststellung treffen die am meisten benachteiligten Menschen zu einem Zeitpunkt, da ein neues fünfjähriges Mandat der Kommission und des Europäischen Parlaments beginnen wird? – „Bei den ärmsten Familien haben die Staaten Europas versagt.“ Das bestätigen zahlreiche Betroffene, wie etwa *„In Armut und extremer Armut zu leben, ist nicht nur unmenschlich, sondern auch erniedrigend und könnte sogar ab einem bestimmten Zeitpunkt als Folter bezeichnet werden. Die menschliche Würde steht auf dem Spiel.“* Françoise Tulkens, ehemalige Richterin und Vizepräsidentin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte

Clara aus Spanien, deren Haus vergangenes Jahr abgerissen wurde und die jetzt mit ihrer Familie in einem Lastwagen wohnt. Dennoch hat die Europäische Union in ihrer Strategie 2020 Ziele für die Bekämpfung der Armut festgelegt und eine Reihe von Empfehlungen

in diesem Bereich angenommen.

Die extreme Armut dauert aber an, gerade so, als ob es einen Teil der Bevölkerung gäbe, der zu viel wäre und nichts wert sei. Diese menschliche Vergeudung ist besonders brutal für die Betroffenen und stellt eine schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte dar.

In Europa leben zahlreiche Menschen und Familien, die ihre Existenz verloren haben, aus ihrer Wohnung vertrieben wurden, die sich gezwungen sehen, unter Verhältnissen zu leben, durch die sie kriminalisiert und bestraft werden. Werte wie Frieden, Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte, die den eigentlichen Kern des europäischen Projekts ausmachen und in den Verfassungen vieler Mitgliedstaaten verankert sind, werden dadurch mit Füßen getreten.

Große Armut hat nicht nur mit fehlendem Einkommen zu tun, sondern auch mit der Schwierigkeit, Zugang zu unteilbaren und miteinander verbundenen Grundrechten zu erhalten.

Nothilfemaßnahmen (Lebensmittelverteilung, Bereitstellung von Unterkünften u.a.) sind keine wirkliche Lösung.

Die weltweit dominierende Logik der Wirtschaft und

Zu einem Zeitpunkt, da viele Bürgerinnen und Bürger Europa infrage stellen, haben sich in Armut lebende und von der Gesellschaft ausgeschlossene Menschen mehrere Monate lang mit solidarisch denkenden und handelnden Menschen getroffen, darunter manche mit Verantwortlichkeiten auf europäischer Ebene. Sie haben versucht zu verstehen, was Europa unternimmt, damit sich das Leben der am meisten Bedürftigen verändert, und anhand ihrer Lebenserfahrung ihre Überlegungen beigetragen. Sie haben sich für das Gespräch mit europäischen Beamten und Abgeordneten vorbereitet. Dieses Treffen – die Europäische Volksuniversität Vierte Welt – hat am 5. März 2014 mit 17 Delegationen aus 10 Ländern und mit Unterstützung der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe „Extreme Armut und Menschenrechte“ im Europäischen Parlament in Brüssel stattgefunden. Aus diesem Anlass kamen Menschen zusammen, die sich normalerweise nicht begegnen. Gemeinsam konnten sie nachdenken und Vorschläge erarbeiten, damit die Beseitigung der extremen Armut und der Kampf gegen Ungleichbehandlung im Mittelpunkt des europäischen Projekts stehen.

Finanzen beruht auf einer Nutzung der Ressourcen des Planeten, die nicht mehr tragbar ist und zu immer weiterer sozialer Ausgrenzung und Armut führt, die in Europa immer gravierender wird.

Angesichts dieser Fakten wollen wir uns gegen große Armut engagieren, gemeinsam ein anderes Europa entwerfen und gestalten, in dem alle Menschen in Würde, in Harmonie mit den Mitmenschen und der Umwelt leben können. Wir wollen zur Entwicklung einer Wirtschaft beitragen, die allen dient, die nicht die Intelligenz und das Know-how der Menschen sowie die begrenzten Ressourcen unserer Erde verschwendet. Wir wollen, dass der Mensch und die Menschenrechte wieder im Herzen des europäischen Gedankens sind.

*„Die Hilfen sind nur eine milde Gabe für die von Armut Betroffenen und ändern nichts an ihrer Situation. Wir kämpfen nicht für Hilfen, sondern dafür, dass wir Zugang zu unseren Rechten erhalten und sie wahrnehmen können.“**

* Die meisten Zitate in diesem Dokument stammen von in Armut lebenden Menschen und sind den Gesprächen der Europäischen Volksuniversität Vierte Welt 2014 entnommen.

VORSCHLÄGE FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION UND IHRE MITGLIEDSTAATEN

Wir fordern die Europäische Union auf, allen in ihrem Gebiet lebenden Personen das gesetzliche Existenzrecht zu gewähren.

Die Existenz vieler Menschen in Europa ist rechtlich nicht anerkannt. Daher haben diese Menschen keinen Zugang zu ihren Rechten (Mitbestimmung, Arbeit, Gesundheit, Wohnung, Wahlrecht...). Das betrifft zahlreiche Migranten, Roma, Asylbewerber, aber auch Menschen ohne festen Wohnsitz, die auf der Straße oder auf Campingplätzen leben, die in ihrem eigenen Land leben, als wären sie illegal.

Wir fordern die Europäische Union auf, alle Mitgliedstaaten in die Pflicht zu nehmen, für ein Schulangebot zu sorgen, das gleiche Chancen und gleiche Qualität für alle gewährleistet, indem frühzeitige Orientierung und eine Rangordnung zwischen Bildungswegen, die Ungleichheit verstärken, vermieden werden. Die notwendigen Änderungen müssen insbesondere unter Einbeziehung der am stärksten ausgegrenzten Eltern festgelegt werden.

Wir fordern die Europäische Union auf, die Empfehlung zur Jugendgarantie in eine Richtlinie umzuwandeln, die für alle Mitgliedstaaten verbindlich ist, und die Garantiepläne vorrangig besonders Jugendlichen mit den größten Schwierigkeiten zugutekommen zu lassen.

Für die Jugendlichen, denen sowohl Erfahrung als auch Qualifikation fehlen, bleibt die Arbeit ein unerfüllbarer Traum. Diese Jugendlichen brauchen

Zugang zu Ausbildungsprogrammen, zu echten Arbeitsplätzen, mit einer qualitativen Begleitung und genügend Existenzmitteln.

Wir fordern die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen, insbesondere in lokalen Unternehmen und Initiativen, zu fördern, damit die Personen, die sich vom Arbeitsmarkt schwer vermitteln lassen und die über keine Qualifikation verfügen, sich durch eine anerkannte Arbeit wieder nützlich fühlen.

Wenn die Betroffenen nicht mit Langzeitarbeitslosigkeit konfrontiert werden, geraten sie in Schwarzarbeit oder in sehr prekäre Arbeitsverträge, durch die sich ihre schwierige Situation weiter verschlechtert und sie an den Rand der Sozialversicherungssysteme gedrängt werden.

Wir fordern die Europäische Union auf, eine Richtlinie über die von allen Menschen benötigten Mittel für einen angemessenen Lebensunterhalt, darunter ein angemessenes Mindesteinkommen, unter Berücksichtigung der jeweiligen Wohnkosten in allen Ländern zu verabschieden.

Der chronische Mangel an Wohnung, Arbeit oder Einkommen hindert die Betroffenen daran, ihre familiären, sozialen und beruflichen Verpflichtungen dauerhaft wahrzunehmen.

Wir fordern die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, dauerhafte Räume zum Nachdenken und für Gespräche mit den von großer Armut betroffenen Menschen in Verbindung mit anderen Partnern einzurichten, um sicherzustellen, dass die Betroffenen zur Definition der Politik beitragen und an der Auswertung der Ergebnisse mitwirken.

*„Man muss das, was das Leben der Bedürftigen, ihre Zweifel, ihre Hoffnungen, uns lehrt, als nützliches Wissen nutzen, um Armut durch Politik und Handeln zu bekämpfen.“
Françoise Tulkens, ehemalige*

Richterin und Vizepräsidentin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Damit die Europäische Union von den Verletzungen von Rechten in Verbindung mit großer Armut erfahren und die Rechte der ärmsten Menschen besser schützen kann:

Fordern wir, im mehrjährigen Arbeitsprogramm der Menschenrechtsagentur ausdrücklich die Möglichkeit vorzusehen, Rechtsverletzungen und Diskriminierungen im Zusammenhang mit Situationen extremer Armut unter Einbeziehung der Betroffenen zu untersuchen.

Fordern wir kurzfristig die Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta und die Übernahme von Artikel 30 (Recht auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung) und Artikel 31 (Recht auf Wohnung) und des Verfahrens der Kollektivbeschwerde durch alle Mitgliedstaaten und mittelfristig den Beitritt der Europäischen Union zu dieser Charta.